

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Gleich zu Beginn des ja doch immer noch recht jungen, neuen Jahres gibt es auch eine Neuerung bei der „Wahlkreispost“: Mit meinen Informationen aus der Politik in Bund, Land und Wahlkreis möchte ich euch künftig noch viel persönlicher und auch ein Stück weit „moderner“ erreichen. Statt mit der „Wahlkreispost“ in ihrer gewohnten, schriftlichen Form, wie sie euch gerade jetzt vorliegt, werde ich mich



deshalb ab dem nächsten Montag, den 05. Februar 2018, wöchentlich mit kurzen Videostatements auf Facebook an euch wenden und auf diesem Weg Informationen und meine persönlichen Gedanken zum politischen Tagesgeschehen in Berlin, Mainz, sowie im Westerwald und im Siegerland mit euch teilen. Die Links zu den Videos werde ich – keine Sorge, ihr müsst euch nicht auf Facebook registrieren, falls ihr keinen Facebook-Account besitzt – nach wie vor per E-Mail verschicken und auf „öffentlich“ schalten, sodass sie entsprechend auch für Nicht-Facebook-Nutzer im Internet frei zugänglich sind.

Ganz herzlich möchte ich euch allen, die hier Woche für Woche mitgelesen haben, für euer Interesse an meiner politischen Arbeit in Mainz und im Wahlkreis danken. Ich hoffe, meine „Wahlkreispost“ konnte euren Wochenstart jeden Montag ein bisschen bereichern. Ich habe mich jedenfalls immer sehr gefreut, euch hier jeden Montagmorgen an meinen Gedanken zu den aktuellen politischen Entwicklungen teilhaben lassen zu können und möchte das auch zukünftig so halten. Bleiben wir im Gespräch – ab jetzt auf Facebook!

Herzliche Grüße, einen guten Start in die neue Woche – und vielen Dank für die treue Leserschaft seit dem Landtagswahlkampf 2015/16!
Eure Sabine



SPD TRITT IN KOALITIONSVERHANDLUNGEN EIN

Parteitag in Bonn fällt Entscheidung nach kontroverser Debatte

Nach einer leidenschaftlichen und kontroversen Debatte hat der SPD-Parteitag am 21.01.2018 in Bonn den Weg frei gemacht für Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU.

Über 3.000 Delegierte und Gäste haben in einer emotionalen Auseinandersetzung um den richtigen Weg für die SPD gerungen und das Für und Wider von Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU diskutiert. „Lebendige Demokratie“, so beschrieb zum Auftakt die stellvertretende Parteivorsitzende Malu Dreyer die Debatte – nicht nur auf dem Parteitag, sondern auch schon in den vergangenen Wochen.

Neben SPD-Chef Martin Schulz warb der gesamte Parteivorstand für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen – besonders leidenschaftlich und kämpferisch unter anderem Andrea Nahles, Stephan Weil und Manuela Schwesig. Aber auch der Juso-Bundesvorsitzende Kevin Kühnert und weitere Gegner von Koalitionsverhandlungen mit der Union kamen prominent zu Wort.

Denn schon das Sondierungsergebnis kann das Leben von vielen Menschen deutlich besser machen: Mehr Geld in den Haushaltskassen der Familien, neue Jobs für 150.000 Langzeitarbeitslose, Mindestlohn für Azubis, mehr Geld fürs BAföG, Sicherheit im Alter durch die neue Grundrente, Investitionen in die Hochschulen, in schnelles Internet und neue Straßen. Das alles hatte die SPD in den Sondierungsgesprächen schon durchgesetzt. Und, wie Schulz betonte: Mehr Geld für einen kraftvollen Aufbruch in der Bildung und der Paradigmenwechsel in Europa.

Bereits das Ergebnis der Sondierungen beinhaltet einige zentrale Punkte, die das Leben vieler Menschen deutlich verbessern würden: Mehr Geld in den Haushaltskassen der Familien, neue Jobs für 150.000 Langzeitarbeitslose, Mindestlohn für Azubis, mehr Geld fürs BAföG, Sicherheit im Alter durch die neue Grundrente, Investitionen in die Hochschulen, in schnelles Internet und neue Straßen. Das alles hatte die SPD in den Sondierungsgesprächen schon durchgesetzt. Und, wie Schulz betonte: Mehr Geld für einen Aufbruch in der Bildung und einen Paradigmenwechsel in Europa.

Entlang des Leitantrags diskutierten die Delegierten auch das Versprechen, sich in den anstehenden Verhandlungen noch einmal stark zu machen für folgende Punkte: Es geht darum, das Ende der Zwei-Klassen-Medizin einzuleiten, die sachgrundlose Befristung bei Arbeitsverträgen zu stoppen und eine menschliche Regelung beim Familiennachzug von Flüchtlingen.



Mit einer Mehrheit von 56,4 Prozent folgte der Parteitag dem SPD-Chef – und machte den Weg frei für Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU. Mit „Mut zur Entschlossenheit“ will Martin Schulz in die Gespräche gehen – und „der Härte unserer Verhandlerinnen und Verhandler“.

Jetzt haben die Mitglieder das Wort. Mit den Diskussionen der vergangenen Wochen, mit dem Parteitag und der Rolle der Parteimitglieder für die letztlich gültige Entscheidung hat die SPD ein deutliches Signal für die Stärkung der Demokratie gesetzt.

Voraussichtlich im März werden alle SPD-Mitglieder entscheiden können, ob das dann vorliegende Verhandlungsergebnis eine gute Grundlage für die SPD ist, um in eine neue Regierung einzutreten.

FÜR EINEN NEUEN ÉLYSÉE-VERTRAG

Gemeinsame Resolution von Assemblée nationale und Bundestag

Mit einer gemeinsamen Resolution für eine Erneuerung der deutsch-französischen Freundschaft begingen die Parlamente beider Länder am vergangenen Montag, den 22.01.2018 den 55. Jahrestag des Élysée-Vertrags. Mitglieder der französischen Nationalversammlung waren dazu am Morgen nach Berlin gekommen, Abgeordnete des Deutschen Bundestags flogen am Nachmittag nach Paris.

Zu Beginn der Sitzung im Bundestag, an der auch der französische Parlamentspräsident François de Rugy teilnahm, begrüßte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble die Parlamentarier aus beiden Ländern. Schäuble betonte, dies sei ein Tag der Parlamente: "Wir debattieren in den Parlamenten in Berlin und in Paris eine Resolution, die allein im parlamentarischen Raum entstanden ist".

Wie vor fünf Jahren, soll auch diesmal eine gemeinsame Resolution der beiden Parlamente mit gleichlautendem Text verabschiedet werden. In Abstimmung mit den Beauftragten der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Grüne sowie den entsprechenden Abgeordneten auf französischer Seite wurde ein Antrag erarbeitet. Mit der Resolution werden die Regierungen beider Staaten aufgefordert, einen erneuerten Élysée-Vertrag zu erarbeiten. Denn der Élysée-Vertrag ist, wie heißt es in der Resolution heißt, „Garant und Symbol“ der enger werdenden Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland, wie es in der Vorlage heißt.



Es soll ein „Deutsch-Französisches Parlaments-Abkommen“ vorbereitet und im kommenden Jahr abgeschlossen werden. Darüber hinaus werden bilaterale Initiativen und die Umsetzung grenzüberschreitender Projekte gefordert. Zugleich bekräftigen die Parlamente ihre bereits anlässlich des 50. Jahrestags des Élysée-Vertrages am 22. Januar 2013 formulierte Willenserklärung, die Kooperation beider Parlamente in zahlreichen Bereichen zu vertiefen.

Andrea Nahles, SPD-Fraktionschefin, sagte im Bundestag: "Die deutsch-französischen Beziehungen sind einzigartig, aber sie sind nicht selbstverständlich, sie sind ein wertvoller Schatz, den es zu pflegen gilt. Wir stehen in der Pflicht, dieses Erbe zu bewahren und mit dieser Resolution auch weiterzuführen." Sie würdigte die Reformvorschläge des französischen Präsidenten Emmanuel Macron als "großes pro-europäisches Signal". Weiter nannte sie die Integration Geflüchteter als gemeinsame Aufgabe. Europa müsse ein "Projekt der Weltoffenheit und der Toleranz" sein.

DREYER BEGRÜSST DEUTSCH-FRANZÖSISCHE RESOLUTION

Ministerpräsidentin Malu Dreyer begrüßte, dass die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Frankreich nach 55 Jahren eine neue Dynamik erhalten solle. „Viele Themen, die in Bezug auf die Grenzregionen angesprochen werden, stehen schon seit Jahren auf der Agenda der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit des Landes Rheinland-Pfalz und werden gemeinsam mit Frankreich vorangetrieben“, sagte die Ministerpräsidentin anlässlich der Verabschiedung der Resolution. „Ich denke beispielsweise an den Ausbau grenzüberschreitender Verkehrsangebote, Bildungs Kooperationen auf allen Ebenen bis hin zu den Universitäten, die Entwicklung gemeinsamer grenzüberschreitender Berufsausbildungsmöglichkeiten sowie Projekte im Katastrophenschutz und Umweltbereich.“ Die Partnerschaft des Landes mit der heutigen Region Bourgogne-Franche-Comté sei sogar älter als der Élysée-Vertrag. Und auch auf kommunaler Ebene gebe es seit Jahrzehnten gute Kontakte zu den französischen Nachbarn. „Selbstverständlich müssen bilateral auch Themen bearbeitet werden, bei denen es unterschiedliche Sichtweisen gibt, wie beispielsweise in der Energiepolitik“, so die Ministerpräsidentin.

An den Bund richtete Ministerpräsidentin Malu Dreyer den Wunsch, grenzüberschreitende Aspekte schon bei der Erarbeitung von Gesetzen zu bedenken. Dies würde die Zusammenarbeit in den Grenzregionen erleichtern.



REFORM DER PFLEGEVERSICHERUNG BRINGT VERBESSERUNGEN FÜR PFLEGEBEDÜRFTIGE

Bätzing-Lichtenthäler zieht erstes Fazit zum Pflegestärkungsgesetz II

„Seit gut einem Jahr gilt in Deutschland mit dem Inkrafttreten des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff und das neue Begutachtungsverfahren. Damit vollzog sich die bislang tiefgreifendste Veränderung in der Pflegeversicherung seit ihrem Bestehen. Heute ist also ein guter Zeitpunkt, um gemeinsam ein erstes Fazit zu ziehen“, erklärte Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler bei der Eröffnung des „DIALOG SOZIAL“ vergangenen Dienstagabend in Mainz, zu dem sie verschiedene Akteure aus der Pflege eingeladen hatte.



Besonders profitierten Menschen mit Demenz von dem neuen Begutachtungsverfahren, so die Ministerin. „Mit Blick auf die besonderen Herausforderungen für die pflegenden Angehörigen ist es richtig, dass hier mehr finanzielle Möglichkeiten geschaffen wurden, um Unterstützung zu bekommen.“ Sie sprach sich aber zugleich dafür aus, die Entwicklung der Einstufungen bei vorwiegend körperlich eingeschränkten Menschen genau zu beobachten; es sei nicht Sinn und Zweck der Reform, dass es hier regelmäßig weniger Leistungen als zuvor gebe.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler betonte, die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs habe erhebliche Leistungsverbesserungen vor allem in der ambulanten und teilstationären Pflege gebracht: „Pflegebedürftige Menschen können heute wesentlich mehr professionelle Unterstützung finanzieren, dadurch die Belastung für Angehörige reduzieren und letztendlich das Wohnen im eigenen häuslichen Umfeld auch bei zunehmenden Einschränkungen besser ermöglichen.“

Allerdings habe die Umstellung im vergangenen Jahr auch für alle Seiten Unsicherheit bedeutet: Für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen sei der Anstieg der Wartezeiten bei der Pflegebegutachtung eine echte Belastung gewesen. Für die Träger von Einrichtungen habe es Unklarheit gegeben, wie viel Personal sie für die Pflege und Betreuung ihrer Bewohnerinnen und Bewohner refinanziert bekommen.

„Auch für die Gutachterinnen und Gutachter des MDK und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pflegekassen war das keine einfache Situation. All dies war für mich der Grund, die Entwicklung eng zu begleiten und ich danke dem MDK für die bereitwillige Kooperation dabei. Ich freue mich, dass die aktuellen Zahlen eine positive Entwicklung aufzeigen“, sagte die Ministerin.

Gemeinsam diskutierte die Ministerin mit Dr. Brigitte Seitz, stellvertretende Leitende Ärztin des MDK Rheinland-Pfalz, Dieter Hewener, Vorstandsvorsitzender der PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz e.V., Alexander Wildberger, Geschäftsbereichsleiter Pflege und Demografie der AOK Rheinland-Pfalz/Saarland, Professorin Dr. Sandra Bensch von der Landespflegekammer und Gisela Rohmann von der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V., wie es nach den insgesamt drei Pflegestärkungsgesetzen in den kommenden Jahren pflegepolitisch weitergehen soll.

Das zukünftig beherrschende Thema ist aus Sicht von Sozialministerin Bätzing-Lichtenthäler, wie gute und bezahlbare Pflege im Zusammenspiel mit der weiter steigenden Zahl pflegebedürftiger Menschen und der bereits heute angespannten Fachkräftesituation in den Pflegeberufen gelingen kann. „Wir brauchen in der Pflege attraktivere Rahmenbedingungen und eine angemessene Personalausstattung. Echte Verbesserungen gelingen hier jedoch nur, wenn auch mehr Fachkräfte gewonnen werden. Deshalb wollen wir im Rahmen der Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative 2.0 weiter daran arbeiten, junge Menschen für die Pflegeberufe zu gewinnen und die vorhandenen Kräfte möglichst lange und möglichst umfassend zu halten“, so die Ministerin.

Ein wichtiges Element, um mehr Fachkräfte zu gewinnen, sei auch das Thema Bezahlung. „Mit besserer Bezahlung steigen aber auch die Pflegekosten – und die können nicht von den pflegebedürftigen Menschen, ihren Angehörigen und der Sozialhilfe aufgefangen werden. Deshalb brauchen wir einen verlässlichen Mechanismus in der Pflegeversicherung, der steigende Pflegekosten ausgleicht. Perspektivisch müssen wir daher aus meiner Sicht einen Steuerzuschuss für die Pflegeversicherung in Erwägung ziehen, wie es in der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung bereits üblich ist. Schließlich übernimmt auch die Pflegeversicherung Aufgaben im gesamtgesellschaftlichen Interesse“, sagte Bätzing-Lichtenthäler.

